

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten 200 Pfg., die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3390.

Nr. 248

Mittwoch, den 20. Oktober 1920

11. Jahrgang

## Die Konvention Danzig-Polen genehmigt.

### Danzigs Ausrufung zur freien Stadt.

Ein Havas-Telegramm vom 19. meldet aus Paris: Der Botschaftsrat genehmigte den Entwurf eines Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll.

Wahrscheinlich wird am nächsten Sonnabend die Ueberkunft gleichzeitig mit dem Beschluß der Mächte, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutz des Völkerbundes zur freien Stadt erhoben werden soll, unterzeichnet werden.

Das Schicksal Danzigs wäre demzufolge überraschenderweise sehr schnell entschieden worden. Befriedigende amtliche Meldungen liegen uns bei Redaktionsschluß nicht vor. (Wir verweisen auf Seite 2.)

### Keine Freigabe Wilnas.

Obwohl der Völkerbund, wenn auch nur in zarter Form, in der Wilnaer Frage gegen Polen Stellung genommen hat, scheint Polen auch in dieser Frage sich wenig nach den „Wünschen“ des Völkerbundes richten zu wollen. So hat der polnische Botschafter in Berlin, Schebekow, dem Vertreter des United Telegraph erklärt, daß Polen in der Wilna-Frage keinem Kompromiß zustimmen könne. Polen sei bereit, allen gerechten Wünschen seiner Verbündeten loyal nachzukommen. In der Wilna-Frage handele es sich jedoch um ein nationales Prestige. Die litauischen Ansprüche auf Wilna seien ungerechtfertigt, weil das Großfürstentum Litauen, dem Wilna einst angehört habe, niemals ein ethnographischer, sondern lediglich ein geographischer Begriff gewesen sei.

Was General Zeligowski betrifft, so sei zu berücksichtigen, daß die Truppen dieses Generals sich beinahe vollständig aus der Wilnaer Gegend rekrutierten, und daß sie von der polnischen Regierung an den Feind mit der ausdrücklichen Bestimmung herangeführt seien, ihre engere Heimat Wilna für die große gemeinsame Heimat Polen zurückzugewinnen. Die Truppen nämlich vor Wilna abstoppen zu lassen, sei ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Aus diesem Grunde müsse man für die handlungswiese Zeligowskis auch Verständnis haben.

Im übrigen betonte Schebekow, daß jede Regierung, die einen Verzicht auf Wilna auch unter einem eventuellen Diktat der Entente aussprechen sollte, sofort von der Armee, aber auch vom Volk gestürzt werden würde. Persönlich glaubt Schebekow annehmen zu können, daß die polnische Regierung ein Nebenziel mit Wilna vorschlagen werde in der festen Überzeugung, daß eine unbeeinflusste Volksabstimmung die Zugehörigkeit Wilnas zu Polen bestätigen wird.

Dem „Völkerbund“ wird nun nichts anderes übrig bleiben, als seine schönen Bestimmungen „der Achtung vor der Selbständigkeit der Völker“ und den „Schutz der kleinen Nationen“ dem polnischen Prestige zuliebe, fallen zu lassen.

### Der Beweis polnischer Gewaltpolitik.

Berlin, 19. Okt. (B. L. B.) Die Deutschrift des Auswärtigen Amtes über den Zustand in Oberschlesien behandelt im einzelnen die Frage der Wahrung der Neutralität in Oberschlesien, die Vorgänge in Kattowitz vom 17. bis 19. August, weist nach, daß der Zustand in Oberschlesien auf eine polnische geheime Kampforanisation aufbaue, veröffentlicht Bemerkungen über das Auftreten polnischer Soldaten und die Versorgung der Aufständischen mit Waffen und Munition und weist die von polnischer Seite verübten Verbrechen nach. Der Deutschrift wurde ein starker Band Anlagen mit zahlreichen polnischen Dokumenten beigegeben. Die wichtigsten polnischen Originale sind photographisch wiedergegeben.

### Die respektierte Volksmeinung.

Paris, 13. Okt. Die „Echo de Paris“ mitteilt, hat die Botschaftskonferenz die Regierung in Wien wissen lassen, daß die alliierten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung von Klagenfurt respektieren werden. Die Großmächte rechnen aber andererseits darauf, daß Oesterreich die Verträge von Versailles und St. Germain nicht verletzen, die einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerbundes verbieten.

Bisher hat der Völkerbund noch nichts Ernstliches getan, um der Volksabstimmung Respekt zu verschaffen. Auch das Verbot an Oesterreich, den Anschluß an Deutschland nicht

ohne Genehmigung des Völkerbundes zu vollziehen, bedeutet keine Achtung der Volksmeinung oder einer Volksabstimmung.

### Oesterreichs neuer Nationalrat.

Wien, 19. Okt. (B. L. B.) Der neue Nationalrat setzt sich einschließlich der bisherigen Kärntner-Mandate aus 78 Christlich-Sozialen, 72 Sozialdemokraten, 16 Großdeutschen, Mitgliedern der Bauernpartei und 1 Mitglied der bürgerlichen Arbeitspartei zusammen. Zu diesen Mandaten kommen noch 15 Mandate, die auf Grund der Reststimmen unter den in Betracht kommenden Parteien aufgeteilt werden. Die Sozialdemokraten verlieren sieben, die Großdeutschen acht, darunter drei an die von ihnen abgesplitterte Bauernpartei, die Südsch-Slowaken und die Tschecho-Slowaken verlieren je ein Mandat. Die Christlich-Sozialen gewinnen 14 Mandate.

Diese endgültigen Zahlen weichen zugunsten der Sozialdemokratie von dem gestern mitgeteilten Resultat ab.

### Bermittlung im englischen Streik?

London, 19. Okt. (B. L. B.) Der Präsident der Transportarbeiter-Gewerkschaften, Gosling, hat sich entschieden für die Vermittlung im Streik der Bergarbeiter ausgesprochen. Die Haltung der Regierung deutet in keiner Weise darauf hin, daß sie die Absicht hat, neue Vorschläge zu unterbreiten. Zahlreiche Hochöfen mußten gelöscht werden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Theater und Kinos geschlossen werden. Der Personenverkehr wird, wenn der Streik fort-dauert, von nächsten Montag ab, um 10 Uhr eingeschränkt werden.

### Die Londoner Arbeitslosen-Demonstrationen

haben erfreulicherweise anscheinend nicht die große Anzahl Opfer gefordert, wie gestern gemeldet wurde. Eine neue Meldung berichtet, daß bei den Zusammenstößen 50 Personen verwundet wurden, von denen 10 nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Eine Anzahl von Verhaftungen ist erfolgt. In verschiedenen Regierungsgebäuden wurden die Fensterscheiben durch Steinwürfe zerstört.

An der Demonstration sollen etwa 20 000 Personen teilgenommen haben. Diese zogen vor das Reichhaus, worauf sich sieben Bürgermeister von Großlondon zu Lloyd George begaben, um über die Arbeitslosenfrage vorstellig zu werden. Lloyd George versprach bei der Parlamentsöffnung am Dienstag eine Erklärung darüber abzugeben.

### Zusammenschluß der deutschen Bolschewisten.

Die Bunde der U. S. P. wird voraussichtlich im Dezember mit der Kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten, auf dem die Einigung vollzogen und die deutsche Sektion der dritten Internationale konstituiert werden soll.

In die Arme sinken sich beide und weinen vor Freude, während die andern in ihrem Schmerz die Reste der U. S. P. zu sammeln versuchen werden.

### Spaltung auch der Stadtverordneten.

Berlin, 20. Okt. Gestern hat sich die Fraktion der Unabhängigen im Berliner Rathaus gespalten. Der rechte Flügel umfaßt 64 Stadtverordnete, während der linke Flügel 20 Mitglieder hat.

Wo alles geht, können sie allein nicht leben.

### Das „bewährte“ Rezept.

Ein Junkspruch aus Moskau lautet, daß Japan sich der Insel Sachalin bemächtigt habe.

Nach dem russisch-japanischen Krieg hatte Japan bisher nur den südlichen Teil der Insel Sachalin inne. Während der nächsten Zeit bei Russland verbleib, nach dem Vertrag von Portsmouth angewendetes Rezept einer gesonderten Verwaltung von Sachalin, das nun letzten in Sachalin und Karnten Sachalin macht. Sachalin ist eine derartige Verabreichung für Sachalin.

### Im Rauf des Sieges.

Der aus Mainz berichtet wird, beanspruchen die Franzosen in Coblenzheim im Rheintal 120 Morgen besetzten Kulturlandes zur Errichtung von Flugplätzen. Der Völkler hat sich große Erregung bemächtigt. Gegenstände waren bisher erfolglos.

## Das Todesurteil über die U. S. P.-Politik.

Die Auseinandersetzungen in der U. S. P., die sich auf dem Parteitage in Halle in gerade nicht besonders parteigenösslicher Weise abspielten, scheinen die Führer des rechten Flügels der Unabhängigen zur bitteren Selbsterkenntnis ihrer schädlichen Diktatur-Politik geführt zu haben.

Während noch vor wenigen Monaten die Rätediktatur als das vergötterte Ideal aller wahrhaft Unabhängigen galt, das anzutasten eine Todesünde gegen den revolutionären Sozialismus war, stehen jetzt die „rechten“ Unabhängigen selbst in der energischsten Weise gegen den Bolschewismus zu Felde. Die Argumente, die von den feindsichlichen Brüdern im Kampfe gegen die bolschewistische Politik vorgebracht werden, sind auch nach der andern Seite sehr interessant. Die Beurteilung der bolschewistischen Politik bedeutet nämlich auch nichts anderes als das Todesurteil über die radikale Gewaltpolitik der U. S. P. und die gerade von dieser Seite wohl kaum erwartete glänzendste Rechtfertigung der demokratischen Auffassung der Sozialdemokratischen Partei. Beht der Rest der U. S. P. den Bolschewismus und damit die Rätediktatur ab, so bleibt ihr nur noch konsequenterweise die Anerkennung der Demokratie. Da es zwischen diesen beiden Polen keine grundsätzliche Politik gibt und selbst die Unabhängigen sich nunmehr zu einer scharfen Bekämpfung des Bolschewismus aufschwingen, so ist die U. S. P. mit ihrer bisherigen Politik am Ende ihres Lebens.

Diese Erkenntnis wird sich auch bei den Anhängern der Unabhängigen Partei Bahn brechen, wie es bereits in den führenden Kreisen dieser Partei zu verzeichnen ist. Bereits gestern konnten wir eine Resolution Breitscheldts wiedergeben, in der er den Bolschewismus als eine furchtbare Periode bezeichnet, durch die Deutschland hindurch muß.

„Nachher“, also nach der Ueberwindung der bolschewistischen Rätediktatur, wird die Zeit für die U. S. P. vorbereitet sein. Bedeutet schon diese Erkenntnis die völlige Ablehnung der bisherigen Gewaltpolitik der U. S. P., so nimmt auch die „Freiheit“, die bis jetzt noch das Zentralorgan der Crispinischen U. S. P. ist, in ihrer Montagnummer den Kampf gegen den Bolschewismus auf.

Ueber die Rede Hilferdings auf dem unabhängigen Rumpfparteitag in Halle schreibt sie:

Mit einer inneren Leidenschaftlichkeit, die selbst an ihm, der stets während des Redens erst die Worte formt, überrascht, schlenkerte er seine Anklage gegen das Bolschewistische System, das nur zu zerstören vermag, und die Arbeiterbewegung zerstört, in die Welt.

Bei dieser Abrechnung mit dem zerstörenden Bolschewismus, mit der die vernichtende Kritik über die U. S. P.-Politik ausgesprochen wird, da die Unabhängigen noch vor kurzem stets auf diesen Bolschewismus hingearbeitet haben, sind noch besonders folgende Ausführungen Hilferdings bemerkenswert:

Zum ersten Male ist es möglich gewesen, daß vor der europäischen Arbeiterklasse auf einem internationalen Forum Bolschewismus und wissenschaftlicher Marxismus einander gegenübergestellt worden sind. Der Bolschewismus ist enthußt worden als ein System einer opportunistischen (?) Machtpolitik, das in immer steigender Uebermaß gerät zu den wichtigsten Prinzipien des Marxismus und der ökonomischen Einsicht in die Bedingungen der Verwirklichung des Sozialismus. Aber nicht nur die Theorie des Bolschewismus hat in dieser Woche ihre erste schwere Niederlage erlitten, noch viel mehr ist die Selbsteinschätzung seiner Methode für ihn verhängnisvoll geworden. Die Methode des Bolschewismus besteht darin, einen Teil der Arbeiterschaft dadurch zu einem Stoßtrupp der revolutionären Herrschaftspolitik zu machen, indem man die überflüssigen Elemente der rückständigen Elemente der Arbeiterschaft aufweist, um einen tiefen Zwiespalt zwischen den Massen und ihren Vertrauensmännern zu schaffen. Zwischen uns und dem Bolschewismus hat sich nicht nur ein tiefer Zwiespalt, sondern auch ein tiefer Zwiespalt zwischen uns und dem Bolschewismus geschaffen.

Wir haben auf dieser internationalen Tribüne erkennen den Genossen Martow, und schon in dem äußeren Bilde haben wir sehen können: Auf der einen Seite ein herrschendes Schicksal und auf der anderen Seite den Vertreter der Beherrschten, und uns hat das Herz geschmettert, wie den Genossen Martow haben, dessen Vertreter der russischen Proletariat, das Fleisch ist von unheimlicher Härte und Blut von unheimlicher Klarheit, einen von den Sozialisten in England, gegen den der Bolschewismus seinen Terrorismus richtet. Gegen diese Methode des Terrorismus konnte kein höheres Mittel erboten werden, als das Mitleid und abgemessene Mitleid des Genossen Martow, das plötzlich auf der Tribüne erschallte.

# Um die Freiheit Danzigs.

Bedenken viele Ausführungen die Erledigung der Gewalttheorie, so aber auch der Schluß seiner Ausführungen, der von einem Rechtssozialisten sicherlich auch nicht anders gehalten werden konnte. Hilferding erwidert:

Gesellen, ich muß offen gestehen, so schmerzlich die Parteilichkeit für den Augenblick ist, sie ist der Beginn einer besseren Zeit. Wie stehen denn die Dinge? Woher leben die Kommunisten in Westeuropa? Sie leben von jener schmerzlichen Demokratisierung, von jener Umwandlung aller Begriffe, die durch den Krieg erzeugt worden ist, sie leben von der Degradation der Menschheit, die das fürchterliche Massensterben der Weltkriege in den letzten Jahren hervorgerufen hat. Und wir, Gesellen, wir leben davon, daß die geschichtliche Entwicklung für uns ist, daß der Kapitalismus keine Toleranz mehr erzeugt, daß das Proletariat, wenn diese abenteuerlichen Versuche des Krieges überstanden sein werden, zu der Einheit gelangen wird, daß es den Kapitalismus überwinden kann nicht durch bloße Gewaltanwendung, sondern daß es sich selbst selbst, reichlich und stillschweigend in der Entwicklung des Proletariats in diesen Kämpfen weichen wird, daß es toll werden wird, stillschweigend und organisierte Kraft.

Wir leben, Parteigenossen, wir leben von der aufgehenden Periode, und jene, die sterben an den absterbenden Missionen.

Wenn diese Ausführungen noch vor kurzer Zeit von einem Sozialdemokraten geäußert wären, hätte er zweifellos von den härtesten Widerstand der Unabhängigen zu rechnen gehabt. Dort für Wort kann von uns unterschrieben werden auch die Feststellung, daß die rechten Unabhängigen die Vertreter der „ausgehenden Periode“ wären. Das Programm, die endlich über den ganzen Weltkreislauf hinweg kommt, wie es leider schon öfter zu beklagen war, ist nicht mehr.

Um anderes Dokument des Todesurteils über die eigene Parteilichkeit ist auch der Antrag des unabhängigen Bezirksvereins des Berlin-Brandenburg. Dieser hat sich zur folgenden Forderung durchgerungen:

Über ebenso rücksichtslos wird nunmehr die U. S. D. den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die sozialistische Methoden im revolutionären Kampf glauben anwenden zu müssen; Methoden, die auf Grund der historischen Erfahrungen schon längst nicht mehr zum Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung gehören, sondern nur dazu angetan sind, das Proletariat zu verzerren, seine Stohkraft zu lähmen und der Reaktion widerständigen Vorposten zu leisten.

Als es denn schon vor so langer Zeit, daß die Unabhängigen selbst eine Parteilichkeit vertreten und der Reaktion willfährigen Vorposten leisten? Der 18. Januar in Berlin und der Danziger Generalstreik im vorigen Jahr sind wahrlich nicht die einzigen Zeugen des verwerlichen Spiels der U.S.D.

Es ist eine eigenartige Ironie der Weltgeschichte, daß sie jetzt der eigenen Partei selbst das Verwerfungsurteil sprechen läßt. Der Sozialdemokratie, der in ihrer grundsätzlichen demokratischen Politik des Volkes Wohl und Willen unter Ablehnung jeder Gewalt stets die gerade Richtschnur ihres Handelns war, konnte eine bessere Anerkennung der Richtschnur ihrer Politik nicht angedacht werden. Dieses einzuwenden wird selbst dem letzten der U. S. D.-Anhänger nun nicht mehr schwer fallen können. Die weitere Entwicklung im „radikalen“ Lager wird das Ende der „revolutionären“ Machtentwicklung noch klarer erkennen lassen.

Als es nun aber die schreckliche Verleumdung des Volkswillens abzumehren, dann wird trotz dieser oben zitierten unabhängigen Annahmen an den Sozialismus nur die Sozialdemokratie als konsequente Bannerträgerin der Demokratie und des Sozialismus in Frage kommen.

Die alte sozialdemokratische Partei noch machtvoller und selbstständiger zu gestalten, damit sie den sozialistischen Gedanken trotz der radikalsten Selbstverleumdung zum endgültigen Siege führen kann, ist die Lösung des Tages.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7 358 123 (1 812 636 weibliche). Es wurden also fast 4 5 Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5 479 073 gegen 1 648 313 im Jahr 1916. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23 682 gegen 18 044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Verbreitung die deutschen Gewerkschaften nach neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Eingekommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 260 Mk., Verbandsbeiträge 185 954 818 Mk., örtliche Beiträge 43 048 627 Mk., Ertragsbeiträge 595 722 Mk., von arbeitenden Mitgliedern in Erstellorten 57 181 Mk., Zinsen 4 063 461 Mk., sonstige Einnahmen 10 069 516 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 43 266 838 Mk. Ausgegeben wurden für Unterstützungen 44 942 745 Mk., für Lohnbestimmungen, Streiks und Ausparierungen 43 300 049 Mk., für Bildungsarbeit 15 690 812 Mk., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 36 207 477 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 50 348 578 Mk., davon persönliche 6 254 344, Sachliche 5 451 917 und Verwaltungsstellen der Zentralstellen und Gewe 46 579 317 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 201 466 709 Mk., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Holzangestellten und der Metallarbeiter) 113 189 000 Mk., davon in den Hauptstellen 107 503 961 Mk.

Die Zahlen lassen uns die gewaltige Ausbreitung der freien Gewerkschaftsbewegung erkennen und legen gleichzeitig Zeugnis ab, welcher mächtige Faktor der Eingänge durch die Zusammenfassung sein kann. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Leben wird noch bedeutender, wenn es gelingen würde, die unheilige Spaltung aus ihr vollständig fernzuhalten.

War die gestern stattgefundene Sitzung des Volkstages auch nur von kurzer Dauer, so war ihr Beschluß für die Zukunft Danzigs um so bedeutungsvoller. Die von Paris aus verlangte Erweiterung der Vollmachten unserer Delegation schließt die Zustimmung in sich, daß der Freistaat zur Tragung eines Teils der Kosten für die alliierte Verwaltung und auch für die Besatzungstruppen beitragen soll. Heber den vom Freistaat zu tragenden Anteil liegt bestimmte Abhaltungsregeln nicht vor. Man braucht sich aber nur die jetzt durch die englische Zeitung „Daily News“ bekannt gemordenen Zahlen der Einkünfte der Mitglieder der alliierten Kommissionen in Deutschland vor Augen zu halten, um zu wissen, daß dem Freistaat der jetzt schon an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gelangt ist — wenn diese nicht schon längst überschritten ist — eine schier unendliche Last auferlegt wird. Wenn die Berechnungen der „Daily News“ stimmen, und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, so erhält ein Oberst einer alliierten Kommission in deutschem Gelde dreimal mehr als der deutsche Reichsbeamte, der doch letzten Endes nicht zu den schlechtbezahltesten höheren Reichsbeamten gehört. Selbst ein einfacher Unteroffizier hat noch das gleiche Einkommen wie der deutsche Reichswehrminister. Dabei ist es natürlich kein Wunder, daß alle den verschiedenen internationalen Kommissionen angehörenden Soldaten bei den Banken ein höheres Konto besitzen sollen. Wir wollen an Hand dieser Feststellungen nur zeigen, von welcher weittragender, heute noch nicht abzusehender Bedeutung für die finanzielle Existenz des Freistaates die Ausübung eines Besatzungskostenanteils ist. Wenn der Volkstag und auch unsere Fraktion sich dennoch zur Zustimmung einer dementsprechenden erweiterten Vollmacht entschließen haben, so gewiß nicht, weil diese schwerwiegenden Bedenken nicht gemüht wurden, sondern weil mit einer leeren Demonstrationspolitik gerade im jetzigen Augenblick weit mehr auf dem Spiele steht. Bemerkenswert ist es, daß die Erweiterung der Vollmachten nicht von der Delegation selbst, sondern von Lord Derby, dem Vertreter Großbritannien auf der Besatzungskonferenz, nun hier angefordert wurden, wobei Oberbürgermeister Sahn Bedenken getragen haben soll, ob diese Erweiterung ohne seine persönliche Anwesenheit in Danzig erteilt werden würde.

Der auswärtige Ausschuss hat in einer eingehenden Beratung sich den schwerwiegenden Gründen einer Vollmachterweiterung nicht entziehen können und hat auch der Volkstag unter Ausschluß der Polen und Unabhängigen dem zugestimmt. Die ablehnenden Gründe der Polen und U. S. P. sind zu bekannt und durchsichtig, als daß wir darüber noch ein Wort zu sagen brauchen. Daß sich die Unabhängigen im Ausschuss erst zustimmend äußerten, um danach im Plenum umzuwälzen, dürfte bei dieser Partei kaum noch als besonders bemerkenswertes Vorkommnis gelten können. Zur mündlichen Information der Danziger Delegation, die der auswärtige Ausschuss für notwendig erachtete, ist Abg. Jewelowski vom Volkstag beauftragt und bereits gestern abend abgefahren.

Das Plenum des Volkstages, worüber wir nachstehend berichten, schloß sich nach kurzen Erklärungen der polnischen und unabhängigen Fraktion dem Beschluß des auswärtigen Ausschusses an.

40. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 19. Oktober 1920.

Präsident Reinhard eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr und erteilt das Wort dem Berichterstatter des auswärtigen Ausschusses.

Abg. Jewelowski (Demokrat): Von Paris sind wir ersucht worden, die Vollmachten unserer Delegation zu erweitern zwecks Abschluß eines Nachtragvertrages, und zwar nach dem vorliegenden Vorschlag:

Die Freistadt Danzig wird den Anteil der Ausgaben, welche den hauptsächlichsten alliierten Mächten durch die Verwaltung und Besetzung des Gebietes entstanden sind, tragen, wie derselbe von den genannten Mächten festgelegt wird.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat darüber verhandelt und unterbreitet Ihnen folgenden Vorschlag zur Erteilung einer Vollmacht für die Herren Oberbürgermeister Sahn und Abgeordneten Schümmer. Die Vollmacht soll folgendermaßen lauten:

Wir erteilen den Herren Oberbürgermeister Sahn und Abgeordneten Schümmer Vollmacht, diejenigen Vereinbarungen mit den hauptsächlichsten alliierten Mächten zu treffen, welche sich auf die Verwaltung und Besetzung des Gebietes der Freien Stadt Danzig entstehenden Kosten beziehen. Instruktion liegt bei.

Der auswärtige Ausschuss bittet Sie, der Erteilung dieser Vollmacht Ihre Zustimmung zu geben. Der Ausschuss hat ferner beschlossen, der Delegation in Paris weitere mündliche Instruktionen mitzugeben zu lassen, und hat beschlossen, den Abgeordneten Jewelowski nach Paris zu entsenden, um die Delegation zu informieren.

Abg. Paneczi (Polen) gibt im Namen der polnischen Fraktion folgende Erklärung ab: Es ist uns hier in der Versammlung gegebenes Versammlung bei verschiedenen Gelegenheiten und allseitig die Wahrung der Rechte der Minoritäten zugesichert worden. Diese Zusicherungen seien jedoch nur leere Worte geblieben. (Widerpruch.) Bereits bei der Besprechung des Neutralitätsentwurfes hätten die Polen nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß keine ähnliche Stelle des Freistaates den geringsten Versuch gemacht hätte, die demnächst antipolnische Hochsitz (?) einzubäumen. Auch bei der Wahl der Danziger Delegation nach Paris seien die Rechte der Minorität in größter Weise verletzt worden. (Lebh. Unterredung.) Die polnische Fraktion, die die polnische Bevölkerung der Freistadt Danzig

repräsentiert, wäre bei dieser Wahl umgangen. Aus diesem Grunde wäre die Danziger Delegation nicht berechtigt, im Namen der gesamten Bevölkerung der zukünftigen Freistadt Danzig zu sprechen und die Polen lehnen daher die Erweiterung der Kompetenz der Delegation ab.

Abg. Raube (U. S. P.) erklärt, daß die unabhängige Fraktion (Zwischenruf: Jurist des Abg. Raube: Gruppe Eichhorn!) die vom Volkstag entworfene Konvention abgelehnt habe, weil durch sie eine Beschränkung der Volksrechte eintrete. Auch die Ansicht der Unabhängigen, daß in Paris eine Verhandlungsmöglichkeit nicht gegeben sei, hätte sich bisher bestätigt. Nur das internationale revolutionäre Proletariat wäre in der Lage, eine wahre Völkerverständigung durch Fortführung aller imperialistischen Bestrebungen herbeizuführen. Daher lehnen die Unabhängigen jede Beteiligung an irgendwelchen Erklärungen und Vollmachtsausstellungen ab.

Gegen die Stimmen der Polen und Unabhängigen wird darauf dem Antrag des auswärtigen Ausschusses zugestimmt.

## Danzigs Stellung im neuen Konventions-Entwurf.

Endlich ist der Schleier über die Verschacherung Danzigs in Paris etwas gelüftet. Der „Geist Expreß“ gibt nach der „D. R. M.“ einige Punkte des dritten Entwurfes zum Danzig-polnischen Entwurf wieder.

Nach diesem Entwurf soll die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig den Bestimmungen des Friedensvertrages (1) entsprechend, zwar Polen zugestanden werden, Danzig soll aber das Recht haben, seine eigene Fregasse zu führen.

Außerdem bestimmt der Entwurf, daß in Danzig eine Hafenerwaltung zu bilden ist. Dieser werden nicht nur der Hafen mit seinen gesamten Anlagen, sondern auch die Eisenbahnen unterstehen. Die Danziger Hafenerwaltung erhält den gesamten ehemaligen Besitz des Deutschen Reiches und des preussischen Staates auf dem Territorium der Freien Stadt.

Die Zollverwaltung wird in den Händen der freistaatlichen Behörden belassen.

Mit dieser geplanten Regelung, besonders im ersten Punkt, wird sich Danzig nicht einverstanden erklären können. Ganz abgesehen davon, daß Danzig eine freie Stadt werden soll, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht, kann das Schicksal Danzigs niemals mit dem nach Innen und außen wechselnden Staatsbafekt Polens auf Beibehaltung und Verberd verbunden werden. Danzigs auswärtige Angelegenheiten Polen zu übertragen, bedeutet nichts anderes als Danzig zum Spielball nationalpolnischer Großmannsucht zu machen. Daran hat Danzigs Bevölkerung bis selbst in die Reihen polnischgestimmter Arbeiter, kein Interesse.

Mag auch die weitere Bestimmung, daß die Verkehrsansagen einer besonderen Verwaltung unterstellt werden sollen, weniger bedenklich erscheinen, da auch der Danziger Konventionsentwurf bereits eine gemischte Verwaltung dafür vorsah, so geht aber diese Bestimmung insofern zu weit, als auch der gesamte bisherige staatliche Besitz dieser Verwaltung zugesprochen werden soll. Unter diesem staatlichen Besitz befinden sich nicht nur die öffentlichen Gebäude, Kasernen, sondern auch die wirtschaftlichen Lebensquellen Danzigs, wie Werk, Gewerkschaften usw. Daß dieser ehemalige Staatsbesitz nicht dem Freistaat belassen bleiben soll, kann man daraus folgern, daß im Gegensatz zu der nur in Danzig bestehenden Hafenerwaltung die Zollverwaltung den Freistaatsbehörden überlassen bleiben soll.

Sind diese Nachrichten auch noch nicht offizieller Natur, so tragen derartige Bestimmungen, nachdem Danzig bereits die Kosten der internationalen Verwaltung und Besetzung aufzubringen werden sollen, doch so wenig einer wirtschaftlichen Existenz des Freistaates Rechnung, daß sie mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müssen, ganz abgesehen davon, daß sich für die beabsichtigte politische Verschacherung des freien Danzigs im Augenblick kein wirkungsvoller Protest aussprechen läßt.

Das Danziger Volk wird seine Freiheit zu wahren wissen.

Die polnische Delegation soll allerdings über die Bestimmungen dieses Entwurfes sehr enttäuscht sein und ihn für unannehmbar erklärt haben. Unter Heberreichung einer Anzahl Änderungsanträge soll die polnische Delegation bei Nichtannahme dieser Bestimmungen sogar die Verweigerung ihrer Unterschrift angekündigt haben. Diese Drohung, die nichts anderes als eine Abpressung der Danziger Freiheit darstellt, ist ein Beweis mehr, wie „liebervoll“ Polen den Danziger Freistaat in seine Arme nehmen will.

Wie ein Telegramm der Danziger Delegation gestern meldete, hat die Delegation in angestrengtester Arbeit die von ihr eingeforderten Äußerungen zu dem Entwurf der Besatzungskonferenz rechtzeitig fertiggestellt und den Boten nach Danzig übergeben. Die Äußerungen der Danziger Delegation sind in je einem Exemplar sämtlichen Mitgliedschaften der Besatzungskonferenz überreicht worden.

Der Entwurf der Besatzungskonferenz selbst soll sehr umfangreich sein und sich in 38 Artikel gliedern. Die Danziger Delegation hat in der Zustimmung des Entwurfs offizielle Beziehungen zur Besatzungskonferenz hergestellt.

Nach einer Pariser Meldung soll nach der Heberreichung der Antwortnote der Danziger Delegation mit einem baldigen Abschluß der Arbeiten gerechnet werden können.

## Danziger Nachrichten.

### Drohender Streik im Baugewerbe.

Vom Deutschen Bauarbeiterverband wird uns zu unserer Kenntnis ein „Drohender Streik im Baugewerbe“ geschickt:

Unter dem 28. April d. J. wurde der neuwichtige Streik im Baugewerbe unter der Vereinbarung beendet, daß vorläufig der alte Tarifvertrag bestehen bleiben soll, bis in Deutschland der Reichstarifvertrag fertig gestellt sei. Seit dem 28. Mai ist der Reichstarifvertrag für Deutschland in Kraft. Laut der Vereinbarung vom 28. April sollten vom 15. Juni ab neue Verhandlungen stattfinden. Zu diesen Verhandlungen hatten wir außer der Lohnforderung auch Änderungsanträge zum bestehenden Tarifvertrag gestellt. Die Verhandlungen am 21. Juni erklärten die Vertreter des Baugewerksverbandes, erst die Lohnfrage zu verhandeln und dann über die Änderungsanträge.

Wir erklärten uns bereit erst über die Lohnfrage zu verhandeln, weil wir dem rechneten, daß sich die Verhandlungen dadurch schneller gestalten würden und weil wir auch auf Treu und Glauben der anderen Seite rechneten.

Am 29. Juni wurde dann durch Schiedspruch des Tarifamtes die Lohnfrage entschieden. Der Schiedspruch beschränkte die Bauarbeiter keinesfalls, aber man nahm ihn in der Hoffnung an, daß hinterher der Tarifvertrag abgeschlossen und dadurch vorläufig Ruhe und Frieden im Baugewerbe einzutreten würden. Die Bauarbeiter sind jedoch enttäuscht worden. Als wir gemäß eines Auftrages unserer Kollegen erneut an die Unternehmer herantreten, nimmere über die Anträge zu verhandeln, teilten uns diese mit, daß sie erst über den Tarif verhandeln würden, wenn Danzig eine eigene Vertretung habe. Diese Antwort hat natürlich starke Erbitterung in unseren Kreisen hervorgerufen. Da es unsere Kollegen satt haben, sich weiter von den Unternehmern am Karrenseil führen zu lassen, beschloßen sie die Verbandsleitung alle Mittel und Wege anzuwenden um den Vertrag zu erneuern.

Wir hielten es für unmöglich, daß die Unternehmer im Ernst das Verlangen nach Abschluß eines neuen Vertrages zurückweisen könnten. Außerdem hatten wir auch Neuerungen namhafter Unternehmer gehört, die überraschend vernünftig lauteten. So soll einer gesagt haben, man müsse sehen verrückt sein, wenn man glaube, neue Verträge ohne Verbesserungen abschließen zu können. Und von einem anderen Mitglied des Arbeitgeberverbandes, das bei dem Streik im Frühjahr viel genannt wurde, heißt es, daß es geäußert habe, mit Verbesserungen des Tarifvertrages für die Arbeiter, müsse man als mit einer Selbstverständlichkeit rechnen. Wir wollen diese Herren heute noch nicht näher bezeichnen. Infolge dieser Äußerungen nahmen wir es nicht tragisch, als die Unternehmer erstmalig die Verhandlungen ablehnten. Auch die vielen Ablehnungen nahmen wir nicht ernst. Jetzt aber, nachdem der Arbeitgeberverband die Ablehnung von Verhandlungen ausdrücklich erklärt und zwar nachdem eine Versammlung des gesamten Verbandes vorausgegangen sein soll, kommt dieser Ablehnung eine ganz andere Bedeutung zu.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes lebt schließlich ja auch nicht auf dem Monde. Er kennt die lebensnotwendigen Gründe, die es den Gewerkschaften zur zwingenden Pflicht machen, einen Tarifvertrag zu fordern.

Der Sinn und die Bedeutung der ablehnenden Erklärung des Arbeitgeberverbandes waren für unsere Kollegen leicht erkennbar. Die Parteien stehen sich hart auf hart gegenüber. Nach alledem haben unsere Kollegen in der Vertrauensschönerversammlung den Gesamtbeschluss gesagt: „So ausdrücklich der Wunsch der Arbeiter auf Frieden ist, so liegt jedoch die Vermeidung eines Kampfes nicht bei uns.“ Die Bauarbeiter werden sich von den Ereignissen nicht überraschen lassen, sondern müssen sich notwendigermaßen auf einen Kampf vorbereiten.

Ein Kampf im Baugewerbe wäre zurzeit sehr zu bedauern, aber er wird vom Arbeitgeberverband heraufgefordert. Das Allgemeinwohl ist auch diesen Kapitalisten gleichgültig. Wie groß und

uneträglich die Wohnungsnot geworden ist, brauchen wir hier nicht mehr auszuführen. Allein in Danzig gibt es 9000 Wohnungsuchende; in anderen Gemeinden sind die Verhältnisse ähnlich. Tausende Familien müssen sich mit durchaus unzureichenden zum Teil geradezu menschenunwürdigen Wohnungen begnügen.

Dieses Elend soll sich noch mehr vergrößern, weil ein paar Drahtzieher im Baugewerbe ihre Willkür zur Geltung bringen wollen. Hier zeigt sich zur Genüge die Gefährlichkeit des Kapitals. Es fragt sich nun, ob einer Hand voll Bauherren die Macht überlassen dürfen soll, das größte Wohnungsbedürfnis noch zu vergrößern. Wir sagen nein. Der Kampf gegen die Wohnungsnot ist uns sittliche Pflicht. Das Bauen ist zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Es werden nicht nur Staats- und Gemeindefinanzen mit öffentlichen Mitteln gebaut, sondern auch die Wohnhäuser. Die Baukostenzuschüsse bringt die Allgemeinheit auf. Ein guter Teil dieser Mittel dient aber noch der Bereicherung privater Unternehmer. Diese stecken einen großen Teil des öffentlichen Geldes in die Tasche. Trotzdem soll die Ausführung dringend nötiger Bauten unterbleiben, ja sie wollen die Bauaktivität sogar für dieses Jahr vollständig unterbinden. Das ist ein unerbittlicher Zustand, der so schnell wie möglich beseitigt werden muß. Die Bauunternehmer betreiben ihr Geschäft lediglich des Gewinnes wegen. Abhilfe kann hier nur durch die Sozialisierung der Baubetriebe geschaffen werden. Daran sind nicht nur die Bauarbeiter, sondern ebenso sehr auch die Mieter interessiert, denen durch die heutigen Zustände die Mieten übermäßig verteuert werden. Aber auch die Städter, denen es unmöglich gemacht wird, zu einem Heim zu kommen; Staat und Gemeinden, die die Baukostenzuschüsse bewilligen sollen; alle Steuer- und Abgabenzahler, die letzten Endes die Mittel zur Bewilligung der Baukostenzuschüsse aufbringen müssen, haben ein Interesse an der Lösung dieser Frage.

Die Stadt Neudölln und auch andere haben bereits einen erfolgreichen Anfang mit der Herstellung von Bauten in eigener Regie gemacht. Im Interesse des Danziger Wohnungsbaues muß der Magistrat, wenn die Unternehmer durch ihr brutales Verhalten die Arbeiter zu einem neuen Kampf und zur Ebrung des Wohnungsbaus zwingen, den gleichen Weg gehen. Der Magistrat hat in diesem Falle die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen und nicht das Profitinteresse einer kleineren Gruppe herrschsüchtiger Bauherren.

Bei diesen Feind vorerst die Entscheidung warfen wir ab, ob sie nicht noch im eigenen Interesse in letzter Stunde zur Einsicht kommen werden.

### Vernichtungs-Unsinn.

An der Traiskaserne in Langfuhr wurde während des Krieges ein Paradenlazarett erbaut, in dem Soldaten mit ansteckenden Krankheiten untergebracht wurden. Die Kranken hatten hier mit großer Liebe schöne Anlagen hergestellt und auch das umgebende Land wurde gartenmäßig bearbeitet. Die ganze Anlage wurde elektrisch beleuchtet und schöne freundliche Räume waren vorhanden, in denen die Schwestern, das Personal und die Kranken Sommer und Winter wohnten. Nach dem Kriege wurde amargert, diese Bauarbeiten wohnungslosen Familien zur Verfügung zu stellen, die hier gerne eingezogen wären und gesund gemocht hätten. Dieser Antrag wurde aber nicht Folge gegeben. Es wurde alles in der besonnenen Weise „verwertet“. Die ganzen Bauarbeiten und die Umgestaltung sind jetzt verschwunden. Die Anlagen werden vernichtet. Die Verrohrungen werden ausgegraben, eine Bodenanlage im Garten wird zerstört. Statt der schönen Anlage bietet sich dem Auge jetzt ein ödes Bild der Verwüstung.

Nicht nur, daß uns die Entente zur wahnwitzigen Vernichtung von wirtschaftlichen Werten zwingt, ist hier aus freien Stücken eine Paradenanlage vernichtet worden, die bei der jetzigen Wohnungsnot wenigstens wieder einer kleinen Anzahl Wohnungsuchender Unterkunft gegeben hätte.

Die Öffentlichkeit hat hier ein Recht, Auskunft zu verlangen, welche Stelle diese unverständliche Maßnahme der Vernichtung der Paradenanlage angeordnet hat.

Dabei wollen wir auch auf eine andere uns gemachte Mitteilung hinweisen, nach der in der Traiskaserne in Langfuhr neben einer großen Anzahl gut gebauter Stallungen auch noch die ganzen Räume eines besonderen (Stalls?) Gebäudes leerstehen und jetzt nur zur Behälterung einiger Hunde dienen sollen. Lassen sich diese Räume nicht auch in anderweitiger Weise für die Bevölkerung nutzbar machen?

### Das Mobiliar der Auswanderer.

Das Wanderungsamt der Stadt Danzig, Sandgrube 41 a, ersucht uns um Aufnahme folgender Anregung: Die Bayerische „Hausratshilfe“, ein unter staatlicher Aufsicht stehendes und mit staatlichen Mitteln unterstütztes Unternehmen, dessen Hauptstelle sich in München, Zweibrückenstraße 12 befindet, hat sich bereit erklärt, Auswanderern ihr Mobiliar zum Schätzungswert abzukaufen, und bis zum Eintritt der Ausreise leihweise zu überlassen. Sie ist auch geneigt, den Hausrat eine entsprechende Zeit nach Abreise der Auswanderer noch stehen zu lassen, sodas Bektere, wenn der Auswanderungsplan nachträglich nicht zur Durchführung gelangt, gegen Teilzahlung ihre Möbel von der „Hausratshilfe“ zurückkaufen können.

Zu dem gleichen Entgegenkommen hat sich auch der „Bayerische Bauverein, G. m. b. H.“ — Möbelabteilung — in Karlsruhe bereit erklärt, behält sich aber von Fall zu Fall die Prüfung der Anträge vor.

Desgleichen ist das „Schwäbische Bürgerheim“ in Stuttgart grundsätzlich bereit, für die Zeit seiner Tätigkeit die Möbel von Auswanderern in der genannten Weise zu übernehmen. Doch muß es sich ebenfalls die Prüfung jedes Einzelfalles vorbehalten.

Wegen ähnlicher Einrichtungen in Preußen und Sachsen sind die Verhandlungen z. Zt. noch nicht abgeschlossen. Auch für das Gebiet des Freistaates Danzig erscheint uns eine ähnliche Hilfe für Auswanderer beachtenswert und sehen wir entsprechenden Anregungen gegebenenfalls entgegen.

### Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!

Davon weiß besonders der Kriegswalide K. Pahlke aus Preßberrau zu singen. Am 31. Dez. 18 mit offener Lungentuberkulose entlassen, wurde ihm eine Rente von 50 Prozent bewilligt. Der Verlust des rechten Gehörs wurde nicht berücksichtigt. Die Rente beträgt 169,20 Mark. Damit sollen 6 Kinder satt gemacht werden. Nur mildtätige Gaben der Verwandten erwidlichten bisher die Existenz der Familie. Ein Antrag auf Erhöhung der Rente wurde nach einem Jahre abgewiesen. Ein organisches Hirnleiden infolge der Schwerverletzung verschlimmert den Zustand so, daß vollständige Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist. Wenn eine Verurteilung, die eingelegt ist, keinen Erfolg bringt, ist der Invalide, der seine Gesundheit dem Vaterlande geopfert hat, dem schrecklichsten Elend geweiht.

### Wie trete ich aus der Kirche aus?

Auf verschiedene Anfragen, die in letzter Zeit bei uns eingelaufen sind, geben wir folgende Auskunft:

Wer aus der Kirche austreten will, hat dies dem Amtsgericht an seinem Wohnort mitzuteilen. Die Austrittserklärung muß im Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen oder schriftlich in öffentlich beglaubigter Form (notarielle Beglaubigung der Unterschrift des Erklärenden) eingereicht werden. Der Austritt ist mit dem Einlauf der Erklärung bei dem Amtsgericht verbunden; auf Antrag muß das Amtsgericht dem Ausgetretenen eine kostenfreie Bescheinigung über den Austritt erteilen. Für das Verfahren werden Kosten nicht erhoben. Ehegatten müssen jeder für sich die Austrittserklärung abgeben. Wer somit aus der Kirche ausgetreten ist, braucht vorläufig nur noch bis zum Ablauf des betreffenden Kalenderbierzehnjahres Steuern zu zahlen.

## Stiefhinder des Glücks.

Roman von Maria Vindon.  
(Fortsetzung.)

Die Sterbende konnte es nicht über sich gewinnen, das Herzergötternis ihres ältesten Sohnes preiszugeben. Sie sagte zögernd: „Er war nie gut preußisch mit dem Hermann. Herr Pastor, ich bitte Sie um Gottes willen, sagen Sie dem Ernst, wenn mein Segen auf ihm ruhen soll, dann soll er dem Hermann förderlich und dienlich sein, wo und wie er kann.“

„Ach, ahnungsvolles Mutterherz! Was jedem noch verborgen ist, wird dir schon offenbar!“

„Meine gute Frau Birner,“ sagte der Geistliche, „das will ich gern tun, doch richten Sie Ihren Sinn jetzt auf höhere Dinge!“

„Herr Pastor,“ entgegnete die alte Frau schwer atmend, „für eine Mutter gibt es nichts Höheres, wie ihre Kinder. Ich kann nicht in Frieden sterben, wenn ich fürchten muß, daß meine Söhne nach meinem Tode in bitterer Feindschaft leben werden.“

„Das wird mit Gottes Hilfe nicht der Fall sein,“ erwiderte der Pastor. „Wenn ich es verhindern kann, so soll es gewiß geschehen.“

Die Sterbende dankte ihm für dieses Versprechen und sie wurde nun ruhiger. Nach einigen Stunden rief sie in großer Angst:

„Hermann! Hermann! Du stehst an einem Abgrund! Arme Witze! Meine armen geliebten Enkelchen! Ach, weshalb hat der Vater sterben müssen.“

„Sie fängt an, irre zu reden,“ sagte Hermann bekümmert. „Der Johann muß schnell den Doktor holen.“

Nach ehe Doktor Kosmor erschien, hatte ein Herzschlag schon dem Leben der alten Frau ein Ziel gesetzt.

Ihr jüngster Sohn und ihre beiden Schwiegertöchter betrourten sie eifrig, auch Ernst blieb nicht gleichgültig. Dem Tode seiner Mutter, denn jeder Mensch, auch der härteste, ist einer gewissen Reizung fähig, aber jedes Gefühl von Trauer machte einer grenzenlosen Erbitterung Platz, als ihm der Pastor die letzten Worte seiner Mutter übermittelte. Er war tiefbesorgt und fragte mit unheimlichen Augen:

„Haben Sie das dem Hermann auch sagen müssen, Herr Pastor?“

„Aber Herr Birner,“ wendete der Pastor ein, „Ihr Vetter war ja doch ein Mann, der wählt denn eine Mittelsperson, wenn er von dem Betreffenden selbst reden kann!“

„Die Sache ist die,“ fuhr Ernst voller Bitterkeit fort, „die Mutter hatte kein Vertrauen zu mir und um ihren Goldschatz, den

lieben Hermann, hatte sie eine Heidenanst. Sie müssen ja einen schönen Begriff von mir kriegen, Herr Pastor.“

„Aber keineswegs,“ entgegnete dieser. „Streitigkeiten zwischen Brüdern sind leider keine Seltenheit. Sie lassen das ganz falsch auf, Herr Birner.“

Der Gastwirt sah mit einem verbissenen Trotz zu Boden. Der Geistliche bemühte sich vergebens, ihn zu beruhigen und entfernte sich mit dem Bewußtsein, daß die Feuer gegossen zu haben.

Mit dem Tode der Mutter war die letzte Schwärze gefallen, Trotz aller Schwäche hatten die Hände der Mutter noch die Kraft befehlen, das Verderben von ihrem Liebling fernzuhalten, nun nahm es seinen Lauf.

Um den Bruder ganz sicher zu machen, spielte Ernst bei der Nachbepregulierung den Großmütigen. Hermann glaubte nun seinem Bruder Unrecht getan zu haben und war ihm gegenüber ganz schuldbeuwei. Als alles Geschäftliche erledigt war, sagte Ernst:

„Nun wollen wir aber besser zusammenhalten, wie bisher.“

„Ich bin dabei,“ Das war ja auch der Mutter ihr letzter Wunsch,“ sagte Hermann arglos.

Das Gesicht des Gastwirts verfinsterte sich, aber er sagte mit erzwungener Freundlichkeit:

„Darauf müssen wir einen guten Tropfen trinken, aber natürlich bei mir und ohne Gebühr.“

„Meinst du damit unsere Frauen?“ fragte Hermann scheinbar.

„Ja,“ antwortete Ernst. „Wenn Frau möchte und ja nicht stören, aber meine ist ein Klug am Bein. Wenn gerannt wird, hählet sie, wenn jemand ein lautes Wort spricht, fällt sie in Ohnmacht. Da wollen wir lieber unter uns bleiben.“

„Wie war es lieber, wenn du's dabei wärest,“ sagte Hermann offenherzig, „dann wäre dein Wunsch war ja,“ doppelt, denn seine Frau ihn hätte.“

„Nun nur,“ Low,“ dachte Ernst. „Wie ist es bei der Frau?“

Er sagte seinen Gedanken beim Essen und zog ihn mit sich fort. Als sie in der „Goldenen Sonne“ angelangt waren, ging der Gastwirt zu dem Keller und holte eine Flasche alten Wagners. Als er die Flasche aufstellte, verweilte sich ein süßlicher Duft in dem Zimmer, und Ernst sagte:

„Das ist ein toller Tropfen. Den müssen wir mit Eifer trinken.“

Er füllte die Gläser, ließ mit Hermann an und sagte: „Prost! Hermann, der sehr durstig war, tat ihm ja gar nichts, daß er kein Glas in einem Zuge leerte. Ernst füllte es sofort. Hermann ließ sich mit dem Glase und lobte:

„Ein feiner Tropfen! Der schmeckt nach Geld!“ Dann trank er den Wein, wie man Wasser trinkt, und das starke ungewohnte Getränk ließ ihm zu Kopfe.

„Ach, wenn man Geld hat, kann man sich so was leisten,“ sagte Ernst, „und das Geld liegt wirklich auf der Straße. Man braucht es nur aufzuheben. Ich habe jetzt ohne alle Arbeit fünfhundert Taler verdient.“

„Wie hast du das angefangen?“ fragte Hermann erstaunt.

„Das war ganz einfach!“ sagte Ernst lachend. „Ich habe Aktien gekauft und teuer verkauft.“

„Nun dabei hast du fünfhundert Taler verdient!“ fragte der Schwager, höchst überrascht und von aufrichtiger Hochachtung für seinen geschäftstüchtigen Bruder erfüllt. „Du mußt mir das Geld schenken, denn ich habe noch fünfzig Taler beim Bankier.“

„Du brauchst dir das Leben ja nicht so schwer zu machen, wenn dein Ernst eine Sache es doch so wie ich.“

„Ach, mit...“ und schloß den Mund.

„Wagst du es denn bei?“ fragte der Gastwirt. „Ich will dir gern mit einem guten Rat an die Hand gehen. Du brauchst dir gar nicht den Kopf zu zerbrechen. Du kaufst einfach immer die besten Aktien, die ich nehme. Übergen laßt ich in die Stadt. Du kaufst du gleich mit dem Geld die Hand bieten und treibest das Taler in Aktien an.“

„Freut euch Taler! Wo denn du bist?“ fragte Hermann lachend. „Du bist doch hier.“

„Das ist doch ein ganz neues Geschäft,“ sagte Ernst. „Denn ich habe eben das ja, das ist doch ein Geschäft.“

Er füllte das Glas seines Bruders von neuem und sagte:

„Trink, Hermann, trink! Wenn es nachvoll ist, bekommt man einen am besten.“

„Dazu laßt ich mich nicht bitten,“ verführte der jüngere Bruder den älteren.

(Fortsetzung folgt.)





**Äußerliche Bekannmachungen.**

**Höchstpreise für Roggen- und Weizenmehl.**

Auf Grund des Beschlusses über die Höchstpreise wird folgendes angeordnet:

§ 1.  
Der Höchstpreis für das Kilogramm Weizenmehl beträgt 3,20 Mk., für das Kilogramm Roggenmehl 1,95 Mk. bei Abgabe an den Verbraucher.

§ 2.  
Die Verordnung tritt am Donnerstag, den 21. Oktober in Kraft.

Danzig, den 19. Oktober 1920.

Der Magistrat. (2120)

**Stadttheater Danzig.**

Direktion: Kurt Hill Schaper.

Mittwoch, den 20. Oktober 1920, abends 7 Uhr  
Taverkanten C 1

**Andine**

Oper in 4 Akten von Albert Lortz  
Szen. Gestaltung: Max Wilmer. Bühnen. Gestaltung: Ernst L. Müller. Inszenation: Otto Friedrich.  
Ende 10 Uhr.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920, abends 7 Uhr  
Taverkanten D 1. Bettinas Verlobung  
Mittwoch in 3 Akten von Leo Sauter.

Freitag, den 23. Oktober 1920, abends 7 Uhr  
Taverkanten E 1. Die roten Hügel. Ein  
Mordanschlag von Hans Berg. Musik  
von Eugen Schubert.

Sonntag, den 25. Oktober 1920, abends 7 Uhr  
Taverkanten A 2. Jank. Der Tragödie erster  
Teil von Goethe.

Sonntag, den 25. Oktober 1920, nachmittags 11 Uhr  
Vorstellung des Oberpräsidenten Herrn Hermann  
Berg. Schakelpeere und unsere Zeit.

Sonntag, den 25. Oktober 1920, abends 7 Uhr.  
Der Mikado oder Ein Tag in Japan. Musik:  
Operette in 3 Akten von W. S. Gilbert. Musik  
von Arthur Sullivan.

**Neues Operetten-Theater**

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Revisor u. Direktor Paul Baummann.

Kunstl. Leitung: Ihr. Edmund Kunstadt.

Heute Mittwoch, den 20. Oktober

Anfang 7 Uhr Anfang

**Die Schöne von Allen**

Morgen Donnerstag, d. 21. Oktober

**„Der Zigeunerbaron“.**

Sonabend, den 23. Oktober

Zwei 1. Male.

**„Die Kinokönigin“.**

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr

bei Kiedlin, Langemark 23 und von

10-7 Uhr im Warenhaus Freymann.

Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:

**Klein-Kunst-Bühne „Libelle“**

Praktiziere wieder von 9-1 und 3-6 Uhr  
**Zahnarzt Walther Neustadt**  
Danzig, Altstadtischer Graben 11 III  
Telefon: Nebenanschl. Nr. 1044. (2502)

**Masuren- u. Ermländerbund im Freistaat.**

**Versammlung**

Sonabend, den 23. Oktober, abends 7 Uhr im  
großen Saale des Gewerbehause, Heilige Geistgasse.

**Bildervortrag über Masuren.**

Bericht des Vorsitzenden  
Aufnahme neuer Mitglieder. (2511)  
Eintrittskarten zu 2 Mark an der Abendkasse  
und in den Zigarrenschäften von Karl Peter,  
Dantia, Langgasse, Bengel, Am Markt, Joppot,  
Sechstraße u. a. von  
Masuren und Ermländer leid. jährlich zur Stelle.  
Bitte willkommen.  
Der Vorstand.

**750 Bassma**  
pro  
Paket  
(2399)

**Feinschnitt-Tabak**  
vorzüglich für  
Zigarette und  
kurze Pfeife.  
Überall erhältlich.

**Institut für Zahnleidende**

Telefon: **Pfefferstadt 71** Nähe  
2621. Bahnhof.

**Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.**

Mund- u. Zahnoperationen. Zahnersatz mit und ohne  
in örtlicher oder Gummienplatte aller  
allgemeiner Betäubung. Systeme.  
Zahnplomben jeder Art. Reparaturen, Umarbel-  
Zahnregulierungen. tungen schnellstens.  
Mäß. Kostenberechnung.

Nach langjähriger Tätigkeit in Posen als  
**Arzt für innere u. Kinderkrankheiten**  
habe ich mich in Odra, Schenstr. 6 niedergelassen.  
Dr. med. **H. Buraw**,  
Sprechz. 9-10 u. 4-5 Wohnung: Hauptstr. 30.  
Tel. 1531. Tel. 2124.  
Zur Konsultation eingeladen.

Gesucht werden (2524)  
**Zimmerleute u. Tischler**  
für die Holzarbeiten beim Zusammenbau der Weggouss.  
Sofortige Meldung bei der Arbeitervereinsleitung der  
Danziger Werft erwünscht.

**Hotel Danziger Hof**  
Wintergarten und Rokoko-Saal  
Sonntag:  
**Tafelmusik, Familienabend**  
Donnerstag: 5 Uhr Tanztee  
Sonnabend: Reunion. (2358)  
Steffi-Orchester: 10 Solisten  
Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränke.

**Oetker's Rezepte**

**Streuselkuchen.**

Zutaten: 250 g Mehl, 1/2 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“,  
70 g Butter oder Fett, 40 g Zucker, 1/2 Päckchen von Oetker's Milch-  
Eiweißpulver, 1/2 Liter Milch oder Wasser.  
Zutaten zum Streusel: 150 g Butter, 125 g Zucker, 10 g  
Zimt, 150 g Mehl.  
Zubereitung: Butter und Zucker werden gut gerührt, dann gibt man  
das Eiweißpulver, das mit dem „Backin“ gemischte Mehl und die Milch  
hinzu und arbeitet alles gut durcheinander. Der geschmeidige Teig wird auf  
einem gefetteten Blech ausgerollt und mit zerlassener Butter überpinselt.  
Zu dem Streusel läßt man die Butter schmelzen, gibt dann Zucker,  
Zimt und das Mehl hinein und rührt die Masse gut durcheinander.  
Man streut den Streusel über den Kuchen und backt ihn bei Mittlehitze.

**Volkspflege**  
Femeckhaftlich-Genossen-  
schaftliche Versicherungs-  
Aktiengesellschaft  
Rein Politenverfall  
- Sterbekasse -  
Günstige Tarife für  
Erwachsene und Kinder  
Ankunft in den Bureaus  
der Arbeiterorganisationen  
und von der  
Anspruchsteller 16 Danzig  
Brunn Schmidt,  
Rattenbader 35.

**Filz- Hüte**  
Velour-  
für Damen und Herren  
werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach  
neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung  
**umgepresst,**  
gewaschen und gefärbt.  
**Stroh- und Filzhutfabrik**  
**Hut-Basar zum Strauß**  
Annahmestelle  
nur Lawendelgasse Nr. 6-7  
(gegenüber der Markthalle). (8307)

**Julius Gosda**  
Tabakfabrik  
Spezialität  
gekachelter  
**Schnupf-  
Tabak**  
Häkergasse 5-7  
2. Priestergasse 4-5  
Fernsprecher 2428.  
**Garantie für  
Kachelarbeit  
und Reinheit.**  
2229

**Toilette-  
seifen,  
Rasierseife**  
sowie sämtl. Artikel zur  
Wäsche empfiehlt  
**Waldemar Gassner**  
Schwanen-Drogerie  
Altstädtischer Graben 19.20.

**Zigarren**  
ab Lager Joppot zu verk.  
625 bis 3150 Mk.  
Außerdem erfuhr ich  
**Laden-Geschäfte**  
d. Interesse a. kommissions-  
weisen Verkauf meiner  
Tabakerzeugnisse haben,  
ich zu melden. (2483)  
**Walther Wanning**,  
Tabak, Zigarren und  
Zigaretten in gros  
Joppot bei Danzig  
Brauerei Bergischhagen.  
**Möbl. Zimmer**  
an Fräulein zu vermieten.  
Etau, Strabank 21 a. (f)

Enorm billiges Angebot in  
**Herren-Konfektion**

Ein Posten  
**Anzüge 590<sup>00</sup> 490<sup>00</sup> 390<sup>00</sup>**  
solide Formen, gefüttert

Ein Posten  
**Ulster 590<sup>00</sup> 490<sup>00</sup> 390<sup>00</sup>**

Verkauf nur soweit  
der Vorrat reicht

Mengenabgabe  
vorbehalten

Beachten Sie unsere  
Schaufenster

Ein Posten  
**Herrenstoffe 98<sup>00</sup>**  
ca. 140 cm breit . . . . . Meter

**W** **all** **e** **r** **&** **F** **leck**

**Arbeiter-Bildungsanstalt**  
Am Sonntag, den 24. Okt., nachm. 2 1/2 Uhr  
im Stadttheater  
**Sonderaufführung von**  
**Zwangseingetragene**  
Schwerk in 3 Akten von Franz Arnold und  
Ernst Bod.  
Karten 2.50 . . . . . 1.25 Mk.  
Die Karten werden ausgelegt und sind bei  
den Vertikalanstalten und im Parterre  
4. Damm 7, 2 Tr. zu haben.  
Beginn pünktlich 2 1/2 Uhr.  
Nachzügler werden erst nach dem ersten  
Akt in das Theater gelassen. (2525)

**Apollo Theater**  
12. Damm 2.  
Spielplan  
vom 20. bis 22. 19.  
Stuart Wallace, der unerschrockene Meister-  
detektiv (Ernst Reicker) in (2523)  
**Die weiße Rose!**  
34 Detektiv-Abenteuer in 4 Akten.  
**Der Reigen!**  
Gewaltige Tragödie in 6 Akten mit  
Asta Nielsen - Conrad Veidt - Theodor Loos.  
Lustspiel-Einlage: Die Kibbenjama.